Marokko beschützt und gewahrt werden sollten. Über die besten Mittel, dies zu erreichen, werde Er Sich mit dem Sultan ins Einvernehmen setzen, den Er als freien Herrscher betrachte. Der Kaiser schloß mit dem Bemerken, daß Besonnenheit notwendig sei bei den Reformen, die der Sultan plane, und daß den religiösen Gefühlen der marokkanischen Bevölkerung Rechnung getragen werden müsse, um eine Störung der öffentlichen Ordnung zu vermeiden.

— Der Bundesrat hat die Bestimmungen für die Vornahme einer Volkszählung am 1. Dezember 1905 festgesetzt. Die Zählungsformulare werden danach diesmal zehn Fragen enthalten. Bei jeder Volkszählung werden außer den üblichen auch besondere Fragen gestellt. So wurden bei der Volkszählung von 1900 besondere Erhebungen über die Muttersprache und körperliche Gebrechen (blind und taubstumm) veranstaltet. Diesmal soll für reichsangehörige, landsturmpflichtige Männer im 39. bis zum vollendeten 45. Lebensjahre (aus der Geburtszeit vom 1. Dezember 1860 bis 31. Dezember 1866 einschließlich) festgestellt werden, ob sie militärisch a) im Heere, b) in der Marine, oder ob sie nicht militärisch ausgebildet worden sind. Zu diesen Männern gehören nicht diejenigen, die dem aktiven Heere oder der Marine nach angehören, diejenigen, die wegen dauernder Dienstuntauglichkeit ausgemustert sind, diejenigen, die bereits mit Zuchthaus bestraft worden sind, diejenigen, die durch Straferkenntnis aus dem Heere oder der Marine entfernt sind, sowie diejenigen, die nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Als militärisch ausgebildet gelten diejenigen, die im aktiven Heere oder bei der aktiven Marine mindestens drei Monate gedient oder als Ersatzreservisten geübt haben. Die Ergebnisse der Zählung sollen dem Kaiserl. Statistischen Amte betreffs der Einwohnerzahl bis zum 1. März 1906, betreffs Fläche und Einwohner sowie Steuerdirektionsbezirke bis zum 1. November 1906, betreffs Oberlandesgerichtsbezirke, Gemeinden und Wohnplätze sowie Wahlkreise bis zum 1. Juli 1907, betreffs kleinerer Verwaltungsbezirke bis 1. Januar 1907, betreffs Haushaltungen bis zum 1. Februar 1907, betreffs Religion bis zum 1. Juli 1907, betreffs Staatsangehörigkeit und Landsturmpflichtigen bis zum 1. Mai 1907 abgeliefert werden.

— Vom Bundesrate sind die Bestimmungen betreffend die Befreiung des zu landwirtschaftlichen und gewerblichen Zwecken bestimmten Salzes von der Salzabgabe ergänzt worden. Danach kann die Direktivbehörde gestatten, daß denaturiertes Bestellsalz, das durch die bestimmungsgemäße Verwendung in den Gewerbebetrieben des Bezugsberechtigten nicht aufgebraucht und ohne Aufwendung besonderer Kosten auch nicht vernichtet werden kann, nach nochmaliger Denaturierung oder, sofern es für die Bereitung von Genußmitteln für Menschen unzweifelhaft unbrauchbar geworden ist, auch ohne Denaturierung an Landwirte oder andere berechtigte Gewerbetreibende zu steuerfreien Zwecken überlassen werden darf.

Reichstag. Dem Reichstage sind zugegangen die Übersicht der Einnahmen und Ausgaben des ostafrikanischen Schutzgebiets für 1902 und der alljährlich kommende Entwurf betreffend die Kontrolle des Reichsetats, des Kolonialetats und des Landesetats für Elsaß-Lothringen.

Preußischer Landtag. In der gestrigen (zweiten) Sitzung der Kommission des Abgeordnetenhauses für die Berggesetznovellen wurde der § 80b, der die Bestimmungen bezeichnet, die außer über Art und Zeit der Abrechnung und Lohnzahlung in der Arbeitsordnung enthalten sein müssen, mit redaktionellen Änderungen der Nationalliberalen im übrigen unverändert angenommen. In § 80c (Nullen) wurde der letzte Satz, der von der Veranlagung des Lohnes für den Vertrauensmann spricht, gestrichen. Im übrigen wurde der Paragraph unverändert unter Ablehnung eines nationalliberalen Antrags wegen Kostenverteilung angenommen. Zu § 80c, 2 (Strafen) wurde der Zentrumsantrag auf Herabsetzung des Maximums sowohl der Einzelstrafen wie der Gesamtstrafe abgelehnt, die Regierungsvorlage wurde gleichfalls abgelehnt und der Satz in der nationalliberalen Fassung angenommen, wonach für die wegen ungenügender Beladung und unreiner Förderung zu verhängenden Strafen höchstens 5 M. im Monat betragen sollen, aber wer dreimal in einem Monat deswegen bestraft worden ist, ohne Innehaltung der Kündigungsfristen und ohne Lossündigung abgelegt werden kann. Das Beschwerderecht des Bizekontrolleurs wurde mit Mehrheit angenommen, und es wurde als zuständig für die Beschwerde die Berghehörde, also der Revierbeamte, festgestellt. Abgelehnt wurde ein Antrag, der dahin geht, dem Arbeiter für den Fall, daß ein Gedinge nicht zustande kommt eine dem durchschnittlichen Schichtlohne gleichwertige Arbeit zu sichern, und ferner ein Antrag, das festgesetzte Gedinge in ein den Arbeitern offenliegendes Gedingebuch einzutragen und den Arbeitern der betreffenden Kameradschaft öffentlich mitzuteilen. Ein Antrag, daß ein Arbeiterausschuß schon dann zu bestellen sei, wenn 20 Arbeiter in einem Betriebe vorhanden sind (der Gesetzentwurf hat 100 Arbeiter zur Voraussetzung), wurde ebenfalls abgelehnt.

— Zur Berggesetznovelle beantragt das Zentrum, dem § 82 als letzten Absatz zuzufügen: In der Arbeitsordnung oder im Arbeitsvertrag darf Ablegung oder Entlassung wegen vorschriftswidriger Beladung nur für den Fall vorgesehen werden, daß der Arbeiter dieserhalb in einem Monat mehr als dreimal mit Geldstrafe belegt worden ist. — Abg. Hirsch-Berlin (frs. Vp.) beantragt, die Vertreter zum Arbeiterausschuß nach dem System der Verhältniswahl zu wählen. Ferner soll der Arbeiterausschuß verpflichtet werden, seine Wünsche auch der Staatsregierung mitzuteilen.

München. Der bayrische Kriegsminister v. Asch hat nunmehr seine Entlassung eingereicht, die angenommen wurde. Als sein Nachfolger ist der kommandierende General des 3. Armeekorps Frhr. v. Horn in Nürnberg in Aussicht genommen worden.

Österreich-Ungarn.

Wien. Abgeordnetenhaus. Zur Prüfung des Verhältnisses zu Ungarn wurde ein Ausschuß von 48 Mitgliedern gewählt. Bei der fortgesetzten Debatte über die Regierungsvorlage wurden die vier ersten Paragraphen in der vom Ausschusse beschlossenen Fassung angenommen, worauf das Haus sich vertagte.

Budapest. In der gestrigen Sitzung des leitenden Ausschusses der vereinigten Opposition teilte Graf Andrassy mit, daß an maßgebender Stelle der Plan, die Lösung der Krise durch Hinausschiebung der Mehrforderungen für das Heer auf eine gewisse Zeit herbeizuführen, dahin ausgelegt wird, daß nur ein Bruchteil der militärischen Mehrerfordernisse aufgeschoben werden soll. Das leitende Komitee erachtete diesen Plan für unannehmbar und für ungeeignet, als Grundlage für weitere Verhandlungen zu dienen. — Das Komitee befaßte sich ferner mit dem Beschluß vom 18. November vorigen Jahres, der gemäß dem Antrag Daniel die interimistische Hausordnung in Kraft setzt, und mit einem auf Ungültigkeitserklärung dieses Beschlusses abzielenden Antrag, der dem Abgeordnetenhaus vorgelegt werden soll.

Frankreich.

Paris. Senat. Bei der Beratung des Etats des Ministeriums des Äußern verlangte de Marcère, daß der Posten eines Botschafters beim Vatikan wieder besetzt werde; es sei nötig, diese Botschaft beizubehalten. De Lamarzelle betonte, im Interesse Frankreichs dürfe nicht mit dem Papste gebrochen werden. Minister des Äußern Delcassé rechtfertigte die von der Deputiertenkammer bereits beschlossene Aufhebung der Botschaft beim Vatikan und erklärte, daß auch für den Senat kein Hinderungsgrund bestehe, diesem Beschlusse zuzustimmen. De Lamarzelle gab der Ansicht Ausdruck, daß die Reise des Präsidenten Loubet nach Rom die ernstesten Folgen für Frankreich gezeitigt habe. (Widerspruch links.) Minister Delcassé widersprach diesen Ausführungen und sagte, es sei für eine unabhängige Nation unzulässig, daß sie ihre Beziehungen zu dem Könige von Italien den Beziehungen des Königs zum Vatikan und den Beschwerden, die der Vatikan gegen Italien geltend mache, unterordne. — Bei dem Kapitel „Ausgaben für Polizei" fragte Clémenceau, ob Frankreich mit der Ausübung der Polizei in Marokko betraut sei. Minister Delcassé erwiderte, es beständen gemischte Kommissionen, die mit der Aufrechterhaltung der Ordnung in den auf beiden Seiten der Grenze geschaffenen gemischten Märkten beauftragt worden seien. Ein Teil des zur Beratung stehenden Kredits sei für die Besoldung der französischen Kommissare bestimmt, der Rest für Hilfeleistungen, die dem Vorgehen Frankreichs in Marokko seinen wahren Charakter geben werden. — Der Etat des Auswärtigen wurde genehmigt.

Deputiertenkammer. Die Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Trennung von Staat und Kirche wurde gestern fortgesetzt. Bancel bekämpfte den Entwurf und erklärte, die Trennung würde das Land beunruhigen. Die Aufhebung des Kultusbudgets sei ungesetzlich. Ribot (Rep.) erklärte, der Zeitpunkt für die Trennung von Staat und Kirche sei noch nicht gekommen. Für diese Trennung, die eine friedliche und liberale Maßregel sein müsse, sei die Mitwirkung des Oberhauptes der Kirche notwendig. Bevor eine solche Reform ins Werk gesetzt werde, sollte das Land befragt werden. Ribot wies ferner auf das Mißgeschick Rußlands hin und sagt, es sei jetzt nicht der Augenblick, die Uneinigkeit unter den Franzosen zu vermehren. Der Beschluß, den die Kammer infolge der Zwischenfälle, die sich bei der Reise des Präsidenten Loubet nach Rom ereigneten, gefaßt habe, bedeute nicht eine Willensäußerung dahin, daß das Konkordat gekündigt werde, sondern nur den Willen, die Beziehungen zum Vatikan provisorisch abzubrechen. Redner legte dar, welche Bedeutung die Kündigung des Konkordats habe. Er sagte, Frankreich werde dadurch aus dem Verbande der katholischen Völker ausscheiden, und fragte, was aus dem Protektorat über die Christen im Orient werden würde. Redner trat schließlich für Ablehnung des Gesetzentwurfs ein, der die Gefühle des Volkes verletze, und der zu heftigen Zwistigkeiten in jeder Gemeinde führen würde. (Lebhafter Beifall im Zentrum und rechts.) Die Sitzung wurde aufgehoben.

— (Agence Havas.) Der Marquis de la Ferronays, Deputierter des Departements Loire Inférieure (konservativ), einer der beiden Deputierten, die über die marokkanische Frage interpelliert haben, erzählte in den Wandelgängen der Kammer, daß der Minister des Äußern Delcassé in der Unterredung mit ihm am heutigen Vormittag gesagt habe, bezüglich der Absichten Deutschlands in Marokko kenne er nur eine offizielle Erklärung: die Rede des Reichskanzlers im Reichstage. Was die dem Deutschen Kaiser zugeschriebenen Ansprachen betreffe, so habe er davon nur durch Zeitungsberichte Kenntnis, er könne, bis er dafür eine Bestätigung habe, ihnen nur eine relative Aufmerksamkeit schenken. Unter diesen Umständen, erklärte de la Ferronays weiter, habe Delcassé ihn auf die Rede verwiesen, die er im Senat als Antwort auf Decrais' Anfrage gehalten habe. De la Ferronays habe nicht darauf bestanden, eine Debatte hervorzurufen.

Dem Vernehmen nach wird Ferronays den Minister wieder aufsuchen, wenn der offizielle Text der vom Kaiser gehaltenen Ansprachen veröffentlicht ist.

Italien.

Genua. Die Königin von England ist an Bord der Jacht „Victoria and Albert", die von dem Kreuzer „Cornwall" begleitet war, hier eingetroffen. Der übliche Salut wurde ausgetauscht. Die Herzogin von Aosta sowie die Spitzen der Behörden begaben sich an Bord, um die Königin zu begrüßen. Heute soll die Weiterreise nach Marseille erfolgen.

Großbritannien.

London. Folgende Bekanntmachung ist gestern veröffentlicht worden: Infolge einer leichten Operation, die gestern vormittag an dem Prinzen von Wales vorgenommen wurde, ist der Prinz für einige Tage ans Zimmer gefesselt. Da der Zustand zu keiner Beunruhigung Anlaß gibt, werden keine Bulletins ausgegeben werden.

London. Unterhaus. Bei der Beratung über den Militäretat brachte gestern Winston Churchill (lib.) einen Antrag auf Herabsetzung des Etats um eine Million Pfund Sterling als Protest gegen die Höhe des Etats ein; er sagte, die Gefahren hinsichtlich der Verteidigung Indiens wären weiter entfernt als je vorher und das englisch-französische Abkommen und der Krieg im fernen Osten hätte die englische Stellung in Indien nicht weniger sicher gemacht. Sir Edward Grey (lib.) sagte, es müßte daran erinnert werden, daß die russische Macht sehr geschwächt sei; aber, wenn es das Resultat des Krieges im fernen Osten wäre, daß dieser Teil der Welt für eine lange Zeit außerhalb der russischen Politik liege, so könnte das bedeuten, daß das Ziel der russischen Politik in Zukunft sich mehr auf andere Teile der Welt konzentrieren könnte. Er stimme mit Churchill darüber überein, daß, obgleich die russischen strategischen Eisenbahnen näher an die indische Grenze gerückt seien, doch ein ernstlicher Angriff auf die Grenze entfernter als je sei. Wenn England seine Grenzen weiter ausdehnte, würden zweifellos größere militärische Forderungen gestellt werden; wenn die englische Politik aber eine Verteidigungspolitik wäre, bliebe die Situation unverändert. Der Staatssekretär des Krieges Arnold Forster erklärte: Infolge von Umständen, mit denen wir nichts zu tun haben, hat der Druck im Osten nachgelassen. Wir dürfen aber auf den dauernden Charakter dieses Nachlassens nicht zu sehr rechnen, da die Verringerung der Verantwortlichkeit auf der einen Seite die Verstärkung der Verantwortlichkeit und der Anstrengungen auf der anderen Seite bedeuten kann. Ich bin aber zu der Ansicht gekommen, daß dies vernünftigerweise dazu führen kann, daß wir etwas in den Anstrengungen nachlassen, die wir bisher gemacht haben. Hinsichtlich der Gefahr an der indischen Grenze erklärte Arnold Forster: Es ist nicht erwünscht, diese Frage im Hause zu besprechen. Die britische Regierung handelt in Übereinstimmung mit den Ratschlägen und Forderungen der indischen Regierung. Es ist ganz gewiß, daß wir nicht eine geringere Zahl von Truppen, als im südafrikanischen Kriege ausgeschickt waren, brauchen würden, um den Bedarf für den Fall eines Krieges in Indien zu decken, wenn wir so unglücklich sein sollten, dort in einen Krieg verwickelt zu werden. — Sir Charles Dilke (lib.) bezeichnete die Ausführungen Arnold Forsters als widersinnig. Keine vernünftige russische Regierung würde den Versuch machen, auf dem Wege über Afghanistan einen Angriff auf Indien zu machen.

Rußland.

* Die Kundgebung des Ministers Bulygin im „Regierungsanzeiger" läßt, wie der „Schles. Ztg." unter dem 1. April aus St. Petersburg geschrieben wird, keinen Zweifel darüber, daß die große Sache der russischen Verfassungsreform nach dem bureaukratischen Herkommen, d. h. durch Kommissionen behandelt werden soll und folglich in der Schwebe bleiben wird. Nichts anderes habe auch die öffentliche Meinung von dem Minister des Innern erwartet. Hr. Bulygin erklärt, er brauche zunächst noch zwei bis drei Monate Zeit, während deren er seine Erwägungen über die Grundlagen der Volksvertretungsidee im Ministerkonseil beraten und sie daselbst in nähere Übereinstimmung mit den Absichten der Regierung bringen lassen will. Hat in dieser Zeit der Konseil die Absichten des Ministers des Innern (denn nur um diese handelt es sich) angenommen, so besitzt man also von Regierungsseite das erste Projekt über die Verfassungsreform. Es erfolgt darauf die Bildung des Außerordentlichen Rates, der aus Regierungsmitgliedern und eingeladenen Gesellschaftsvertretern bestehen wird, und dann erst beginnt die Prüfung jenes Projekts. Erwägt man, daß sich im Konseil, was nicht unwahrscheinlich ist, eine Opposition gegen Hrn. Bulygin erhebt, so ist die Vermutung, das Projekt werde schwerlich in absehbarer Zeit zustande kommen, berechtigt. Begreiflicherweise verliert daher die Presse kaum ein Wort über die ministerielle Kundgebung.

* * *

Moskau. Der Ärztekongreß ist gestern hier in Anwesenheit eines zahlreichen Publikums zusammengetreten. Der Vorsitzende, Dr. Zelpatewsky, eröffnete in Gegenwart von ungefähr 1000 Ärzten die Versammlung mit einer Ansprache, in der er bemerkte, es sei bisher die Frage gewesen, ob die Regierung Vertrauen zum Volk habe. Jetzt hätten sich die Zeiten geändert; jetzt laute die Frage, hat das Volk noch Vertrauen zur Regierung. Hierauf forderte er die Anwesenden auf, sich zu Ehren der am 22. Januar d. J. gefallenen Opfer zu erheben.

St. Petersburg. Im Bezirk Bachmut haben wieder Bauernunruhen stattgefunden. Auf das Verwaltungsgebäude des Bergwerks von Uspensky in der Nähe von Slawjanoserbsk wurde am 30. März ein Angriff gemacht. Das Bureau wurde geplündert. 28 der Angreifer sind auf administrativem Wege verschickt. An dem Tatort sind Kosaken entsandt worden.

Warschau. Ein Unbekannter hat gestern abend in der Deluja-Straße auf einen Revieraufseher geschossen. Dieser wurde leicht verwundet. Der Täter entkam. Später wurde in der Wolskastraße ein Stadtwächter überfallen und durch einen Messerstich ins Herz schwer verwundet.

Serbien.

Belgrad. (Wiener Korr.-Bur.) Gestern abend wurde amtlich bekannt gegeben, daß die Regierung von den Geschützproben wegen der Kürze der Zeit Abstand genommen hat. Der Finanzminister Paschitsch trifft schon in den nächsten Zeiten zum Abschluß der Anleihe nach Frankfurt a. M. ab.

Bulgarien.

Sofia. (Wiener Tel.-Korr.-Bur.) Um die Beschuldigungen der Pforte, daß die bulgarische Regierung das Bandenunwesen fördere, zu entkräften, wird in strenger Weise gegen die aufständische Strömung unter den Mazedoniern und Bulgaren verfahren. Es wurden bereits zahlreiche Aufständische an der türkischen Grenze aufgehalten und abgeschoben. Um übermütige aktiver Offiziere zur Aufstandsbewegung hintanzuhalten, wies der Kriegsminister alle Truppendivisionäre an, die ihnen unterstehenden Offiziere streng zu überwachen und jede revolutionäre Propaganda telegraphisch anzuzeigen. Zur Aufstandsbewegung übertretende werden mit sofortiger Entlassung bestraft.

Rumänien.

Bukarest. Finanzminister Jonesco legte in der gestrigen Sitzung der Deputiertenkammer das Budget für 1905/06 vor. Danach belaufen sich die Ausgaben auf 232½ Mill. Frcs. Das bedeutet eine Vermehrung von 5 Mill. gegen das Budget des vorhergehenden Jahres. Hiervon entfallen 2 Mill. auf das Kriegsministerium und ½ Mill. auf den Dienst der Staatsschuld. Die Einkünfte aus den alten Steuern, die im Finanzjahr 1904/05 auf 235 Mill. veranschlagt waren, sind im Budget für 1905/06 wegen des schlechten Ernteausfalls im vergangenen Jahre um 7½ Mill. niedriger mit 227½ Mill. angesetzt. Zur Ausgleichung des Budgets werden neue Geldquellen erschlossen, die insgesamt 5 Mill. bringen sollen, davon 4 Mill. durch eine neue Weinsteuer. Da trotz der Mißernte im vergangenen Jahre die Realisierung des Voranschlags für 1904/05 zu erwarten ist, ist es ersichtlich, daß der Minderumsatz von 7½ Mill. im neuen Budgetvoranschlag von großer Vorsicht zeugt. In derselben Sitzung legte der Finanzminister auch einen Gesetzentwurf vor, der auf die Schaffung eines Reservefonds abzielt, der durch die Zuweisung von 15 Proz. der Budgetüberschüsse gespeist werden soll. Für den Augenblick wird dieser Reservefonds 6 Mill. betragen, von denen drei den unverwendet gebliebenen Überschüssen des Jahres 1903 und die anderen 3 Mill. den Überschüssen des Jahres 1903/04 entnommen sind.

Kreta.

* Die kretische Bewegung hat bisher keinen weiteren Umfang angenommen. Zu einem größeren Zusammenstoß zwischen den Aufständischen und der Gendarmerie ist es bisher nicht gekommen. Die Führer haben erklärt, keinen revolutionären Schritt gegen die bestehenden Behörden unternehmen zu wollen. Als eine Deputation mohammedanischer Notabeln Kretas im Palais des Prinzen-Oberkommissärs erschien und um Schutz gegenüber eventuellen Gefahren bat, glaubte der Adjutant des Prinzen, die Mohammedaner mit der Versicherung beruhigen zu können, daß sie nichts zu fürchten hätten, da es sich um eine bloße Parteiagitation handle.

Die vom Oberkommissär Prinzen Georg erlassene Kundgebung an das kretische Volk lautet wie folgt

---

es doch jetzt. Nun, und was ich jetzt denke und fühle, versuche ich zu malen." Die Studienplätze, die Eichler und Georgi mit Höcker und seiner Schule aufsuchten, waren im Jahre 1894 Neubarken, der Sitz des kunstsinnigen Frhrn. v. Wendlstadt, und im folgenden Utting am Ammersee, wo die Landschaft einen ausgesprochen deutschen Charakter hat. Im Jahre 1896 wurde in Lautterach bei Munderkingen in der schwäbischen rauhen Alp gearbeitet, wo der Freundeskreis die Entdeckung machte, daß der Farbstift ein vorzügliches Mittel sei, schon der Zeichnung eine stärkere Wirkung zu geben. Mit seiner Hilfe lernte man die Landschaft in großen Farbenflächen zu empfinden und alles weniger Wichtige fortzulassen. Die Genossen, zu denen auch die Nichtsachsen Münzer und Jank gehörten, gelangten auf diese Weise ohne äußere Veranlassung zu einem farbigen Illustrationsstil, der durchaus modern war, weil er in keiner Weise mit dem Hergebrachten wetteiferte, und der zugleich jedermann ansprach, weil er das Volkstümliche und Anheimelnde in individueller Auffassung zum Ausgangspunkt nahm. Es verstand sich daher fast von selbst, daß sich die Freunde zur Mitarbeiterschaft meldeten, als die schnell populär werdenden Wochenschriften die „Jugend" und der „Simplicissimus" ins Leben gerufen wurden. Namentlich die „Jugend" bot Eichler und Georgi die willkommene Gelegenheit, das erworbene Können praktisch zu verwerten und Fühlung mit dem Publikum zu nehmen. Beide Künstler sind über die bloße Illustrationstätigkeit bald hinausgekommen, aber wer ihre Werke richtig beurteilen will, muß sich darüber klar sein, daß die Wurzeln ihrer Kunst, von denen sie sich wenigstens bis heute noch nicht losgemacht haben, in diesem Boden ruhen.

H. A. Lier.

Wissenschaft.

* Einen wichtigen Fortschritt in der drahtlosen Telegraphie scheinen die Experimente von Aleissandro Artom zu versprechen, deren Ergebnisse der Accademia dei Lincei in Rom vorgelegt worden sind. Die Neuheit besteht in der Benutzung kreisförmig oder elliptisch polarisierter elektrischer Wellen. Die Versuche wurden in vier Gruppen vorgenommen, und es wurde in jedem Fall nachgewiesen, daß es durch das neue Verfahren möglich ist, mittels dieser Wellen Depeschen in einer bestimmten Richtung zu senden. In der letzten Reihe der Experimente wurden beispielsweise Signale vom Monte Mario in Rom nach der Maddelena-Insel übermittelt, ohne daß der Empfangsapparat für drahtlose Telegraphie auf der Insel Ponza, die nur verhältnismäßig wenig von der Verbindungslinie jener beiden Stationen entfernt liegt, im geringsten in Mitleidenschaft gezogen wurde. Ferner scheint sich aus den neuen Versuchen der weitere Vorteil zu ergeben, daß beim Gebrauch der Zirkularwellen die Höhe der Masten für Aussendung der Wellentelegraphie verringert werden kann. — Außerdem wird berichtet, daß die kanadische Regierung auf Sable-Island bei Neu-Schottland eine Station für drahtlose Telegraphie nach dem System Marconi zu errichten beschlossen hat.

* Der vierte Internationale Ornithologenkongreß wird in der Pfingstwoche dieses Jahres in London abgehalten werden. Die letzte Veranstaltung dieser Art hatte im Jahre 1900 in Paris stattgefunden. Der Londoner Kongreß verspricht in jeder Beziehung großartig zu werden, da sowohl die Londoner Universität wie das Britische Museum ihre weitgehende Unterstützung zugesagt haben. Patron des Kongresses ist der Prinz von Wales, die beiden Ehrenpräsidenten sind Fürst Ferdinand von Bulgarien und der berühmte Senior der englischen Zoologen Alfred Russel Wallace, der bekanntlich noch vor Darwin einige der später unter dem Begriff des Darwinismus zusammengefaßten Lehren aussprochen hat. Der eigentliche Vorsitzende des Kongresses ist Dr. Sharpe, der Leiter der großen Vogelabteilung im Londoner Naturhistorischen Museum und Verfasser der Mehrzahl von den 27 Bänden, die den monumentalen Katalog der im Britischen Museum ausgestellten Vögel umfassen. Das allgemeine Komitee wird gebildet von den Hauptvertretern der Ornithologie in allen Kulturländern der Erde; von führenden englischen Naturforschern gehören dazu Lord Avebury, Harry Johnston, Godwin-Austin, Walter Rothschild, Alfred Newton, ferner der Herzog von Bedford u. a. Neben den Hauptverhandlungen werden fünf Sektionen von besonderen Sitzungen abgehalten, und zwar für folgende Gebiete der Wissenschaft: Systematische Ornithologie, geographische Verbreitung, Anatomie und Palaeontologie der Vögel, Wanderungen der Vögel, Biologie der Vögel, die Kunde vom Nestbau und Eierkunde, wirtschaftliche Vogelkunde und Vogelschutz, die Zucht von Vögeln. Der Kongreß wird Gelegenheit haben, durch einen besonderen Ausflug die großartigen Vogelsammlungen Walter Rothschilds in Augenschein zu nehmen. Am 16. Juni findet ein Empfang seitens des Lordmayors von London statt. Zum Schluß wird der Kongreß einer Einladung des Herzogs von Bedford folgen, um die Sammlung seltener Tiere im Woburn-Park in Augenschein zu nehmen. Außerdem sind noch andere Ausflüge in Gegenden geplant, die für die Vogelkunde besonders merkwürdig sind.

Literatur.

* „Familienglück", eine dreiaktige Komödie eines hinter dem Pseudonym Eduard Oettker verborgenen bekannten Berliner Schriftstellers, fand, wie aus Magdeburg gemeldet wird, bei der Uraufführung im dortigen Stadttheater gestern reichen und herzlichen Beifall. Das Stück ist ein echtes Berliner Familienbild mit originellen Typen und gesund-satirischer Tendenz.

* Angeregt durch die bevorstehende Schiller-Feier haben mehrere Freunde des Deutschen Volkstheaters in Wien dem Vereinsvorstande dieses Theaters einen namhaften Betrag als Grundlage eines Preisstiftungsfonds gewidmet. Der „Deutsche Volkstheaterpreis" bezweckt, ernst strebende dramatische Dichter, insbesondere der jüngeren Generation, zu gediegenen Schaffen aufzumuntern und hierdurch dem Deutschen Volkstheater in Wien wertvolle Bühnenwerke zu gewinnen. Schillers Gedenkfeier gibt dem Verein des Deutschen Volkstheaters den Anlaß, den Preis schon in diesem Jahre auszuschreiben. Zur Bewerbung um den Preis können nur bisher nicht aufgeführte, in deutscher Sprache verfaßte Stücke zugelassen werden, die einen Theaterabend vollständig ausfüllen. Nach Ablauf des Einreichungstermins wird das Kollegium der Preisrichter aus der Zahl der eingelaufenen dramatischen Werke jene drei relativ besten Stücke auswählen, die ihm in Anbetracht ihres künstlerischen Wertes unter allen zur Preisbewerbung geeignet erscheinen. Die gewählten Stücke wird die Direktion des Deutschen Volkstheaters im Laufe des nächsten Spieljahres zur Aufführung bringen. Drei Wochen nach der ersten Vorstellung des letzten der zur Preisbewerbung empfohlenen Stücke wird der Preis im Betrage von 2000 Kronen jenem Werke zugesprochen werden, das die Preisrichter, mit Rücksicht auch auf den lebendigen Eindruck der Bühnendarstellung, als das wertvollste bezeichnet haben. Bewerber um den Deutschen Volkstheaterpreis haben ihre mit einem Kennworte versehenen Stücke bis zum 1. September 1905 bei dem Verein des Deutschen Volkstheaters in Wien, VII., Hofstallstraße 2 mit dem Vermerk „Zur Preisbewerbung" einzureichen und in einem verschlossenen, mit der Aufschrift des Kennworts versehenen Kuvert ihren Namen und Wohnort anzugeben. Das Preisrichterkollegium besteht aus den Herren: Dr. Richard Fellner, Dramaturg des Deutschen Volkstheaters, Dr. Karl Glossy, Regierungsrat, Dr. Jakob Minor, Hofrat und Universitätsprofessor, Hans Puchstein, Redakteur, Dr. Emil Reich, Universitätsprofessor, Edgar v. Spiegl, Präsident des Journalisten- und Schriftstellervereins „Konkordia", Dr. Robert Steinhauser, Schriftführer im Vereinsvorstande des Deutschen Volkstheaters.

SLUB
Wir führen Wissen.